



„Von der gesellschaftlichen Verantwortung und so...!“ Motivationen & Barrieren für politische Beteiligung

Ergebnisse einer Pilotstudie mit jungen Ehrenamtlichen des deutschen Youth for Understanding Komitees (YFU)

27.05.2013

d|part - Think Tank für politische Partizipation

Anne Heyer & Christine Hübner

Zusammenfassung

Die repräsentative Demokratie in Deutschland scheint in der Krise: Vor allem immer weniger junge Leute interessieren sich für Wahlen und den Volksparteien fehlt schon seit Jahren der Nachwuchs. Mit fast 50% ist der Anteil der Nichtwähler unter den 18 bis 30-Jährigen überdurchschnittlich hoch. Junge Leute beteiligen sich heute lieber an Protestaktionen oder im Ehrenamt statt in den Institutionen der repräsentativen Demokratie.

Wir haben junge Ehrenamtliche des Deutschen Youth for Understanding Komitees (YFU) e.V. gefragt, was sie motiviert oder davon abhält, sich an Politik zu beteiligen und wie sie sich Beteiligungsformen vorstellen, die ihnen entgegen kommen. In einer qualitativen Gruppendiskussion gaben die Jugendlichen und jungen Erwachsenen ihre Sicht auf politische Partizipation preis.

Insight #1: Verantwortungs- und Pflichtgefühl sind die Hauptmotivation junger Leute für die Beteiligung an Politik

Die Motivation zur politischen Teilhabe entsteht bei den jungen Ehrenamtlichen von YFU aus dem Gefühl der Verantwortlichkeit. In der Demokratie wird politische Beteiligung als Notwendigkeit empfunden – dieses Gefühl drängt sie in den Bereich der Pflichten und Bürden. Im Gegensatz dazu sind positive Assoziationen wie der Austausch mit Anderen, die Erweiterung des eigenen Horizonts, sowie der Glaube an den Einfluss des Einzelnen für junge Leute eher zweitrangig. Als wichtige positive Motivation sticht der innere Gestaltungswille junger Menschen heraus, der häufig als intrinsische Motivation fungiert, aber auch als Bürde empfunden werden kann.

Insight #2: Angst vor Uninformiertheit und dem Unterstützen falscher Überzeugungen hält davon ab, sich zu beteiligen

Die jungen Ehrenamtlichen von YFU hegen Zweifel daran, ob sie ausreichend informiert sind, um sich politisch beteiligen zu können, und haben Angst davor, falsch informiert zu sein und sich für die falschen Ziele einzusetzen. Sie haben hohe Erwartungen an sich selbst und ihre eigene Urteilsfähigkeit. So stellt das Zusammenspiel aus komplexen politischen Zusammenhängen, Überforderung mit Information und den Erwartungen an die eigene Urteilsfähigkeit eine große Hürde für die Beteiligung am politischen Prozess dar.

„Unser System funktioniert nur so, wenn alle Verantwortung übernehmen.“

„Das ist wie ein innerer moralischer Zeigefinger.“

„Da ist immer diese Angst: Was mache ich denn, wenn ich die falsche Meinung habe, weil ich mich nicht genügend oder nicht richtig informiert habe?“

„Dass nicht die Ideen, entscheiden, wer letztendlich an die Macht kommt, sondern einfach, wer sich am besten darstellen kann. Da ist für mich hohes Frustrationspotenzial in Sachen repräsentative Demokratie.“

„Wie viel an Aktivität da entstehen kann unter Bürgern!“

„Da fehlt mir immer so ein bisschen die Eigenverantwortung, das ich mich richtig informieren, bevor ich überhaupt auf die Barrikaden gehe.“

„Da habe ich es mit konkreten Menschen zu tun, da kriege ich direkt etwas zurück!“

Insight #3: Der Fokus auf Personalien und die wahrgenommene Abwendung von Inhalten birgt ein hohes Frustrationspotenzial

Junge Leute wollen ihre eigene Urteilsfähigkeit erfahren und nutzen. Sie empfinden, dass eine von Personen statt von Inhalten getragene Politik ihnen genau diese eigene Urteilsfähigkeit abspricht. Die zunehmende Orientierung an Personen und die wahrgenommene Abwendung von Inhalten in der Politik wird als frustrierend beschrieben.

Insight #4: Als Alternative zur Beteiligung in bestehenden Institutionen wird die neu aufkommende Protestkultur von einigen begrüßt, von anderen hingegen sehr kritisch betrachtet

Das neue Protestverhalten wird von einigen jungen Engagierten als überzeugender und konsequenter Schritt empfunden, der aufzeigt, wie viel Einfluss Bürger nehmen können, wenn sie sich Gehör verschaffen. Andere hingegen unterscheiden deutlich zwischen reinem Protestverhalten und konstruktiver politischer Teilhabe: Im Gegensatz zu dauerhafter Beteiligung am politischen Prozess wird der einmalige, themenbezogene Protest als verspätet und werden die Protestierenden häufig als uninformiert (oder nur einseitig informiert) empfunden.

Insight #5: Im Gegensatz zu politischer Beteiligung empfinden junge Leute gesellschaftliches-soziales Engagement als beständig und weniger komplex

Im Gegensatz zu frustrierendem und wenig erfolgreichem politischen Engagement nehmen junge Leute gesellschaftlich-soziales Engagement als weniger komplex und sehr lohnend wahr. Der direkte Austausch mit Menschen und die sichtbaren Ergebnisse werden als Bestätigung für die eigene Wirkungskraft empfunden – eine Bestätigung, die ihnen die Beteiligung an Politik nicht gewährt.

Dieses Projekt dient als Pilot für eine qualitative Studie zum Thema ‚Motivationen und Barrieren für politische Beteiligung unter jungen Deutschen‘. Wir danken den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des YFU-Bundestreffens 2012 für ihre Mitarbeit an diesem Forschungsprojekt.

Methodik

Die hier präsentierten Einsichten sind Ergebnis einer als Pilotstudie angelegten Gruppendiskussion mit jungen Ehrenamtlichen des Deutschen Youth for Understanding Komitees (YFU) e.V. Die Diskussion fand im Rahmen des Bundestreffens 2012 der bei YFU engagierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen statt. Die 14 Teilnehmer der Diskussion waren zwischen 17 und 28 Jahre alt und engagieren sich alle nach einem Schüleraustausch bei YFU ehrenamtlich für die Organisation von internationalem Jugendaustausch. Die meisten Teilnehmer befanden sich zum Zeitpunkt in der Schulbildung oder im Studium; einige waren bereits berufstätig oder in einem Freiwilligendienstprogramm tätig. Die Teilnehmer nahmen freiwillig an der Veranstaltung teil und wurden vor Beginn der Diskussion über das Projekt, die Forschungsziele und die part als durchführende Organisation in Kenntnis gesetzt.

Die qualitative Gruppendiskussion ist ein weit verbreitetes Werkzeug der empirischen Sozialforschung, das sich besonders für die Exploration latenter, nicht-öffentlicher Meinungen eignet (Pollock, 1955, Bohnsack, 2000). Gerade Einstellungen zu Themen von gesellschaftlicher Relevanz entstehen nicht in Isolation, sondern in Wechselwirkung mit anderen Mitgliedern einer Gesellschaft. Der Austausch mit anderen fördert die Herausbildung dieser latenten, nicht artikulierten Einstellungen. So ermöglicht die Gruppendiskussion ein Herausarbeiten von Sichtweisen auf politische Beteiligung, die für den Einzelnen nicht immer explizit zu artikulieren sind. Auch können Rationalisierungsprozesse zu politischen Einstellungen in der Gruppendiskussion sichtbar gemacht werden. Sie erweist sich jedoch als nachteilig für die Einbindung extremer Meinungen oder in der Diskussion sensibler Themenbereiche.

In unserer Anwendung erwies sich die Gruppendiskussion vor allem durch den Austausch unter den jungen Erwachsenen als besonders hilfreiche Methode: Der Austausch untereinander bewegte die Teilnehmer dazu, eigenes Verhalten zu artikulieren, zu rationalisieren und schlussendlich zu hinterfragen. Nach Ablauf des Workshops bezeichneten die Teilnehmer selbst den Austausch untereinander als besonders anregend. Uns Moderatoren erlaubte die Diskussion unter den Teilnehmern, den Kontext und die Sprache der jungen Leute richtig einzuordnen und eigene Hypothesen zu widerlegen.

Die Gruppendiskussion wurde von zwei Moderatoren geleitet, um in der Debatte unter den jungen Erwachsenen auf einzelne Antworten ausreichend eingehen zu können. Beide Moderatoren können auf Erfahrungen in der Leitung qualitativer Gruppendiskussionen und in der Arbeit mit Jugendlichen zurückgreifen.

Detaillierte Ergebnisse

1. Aktive und passive Formen politischen Engagements

Die jungen Ehrenamtlichen von YFU empfinden traditionelle Formen der Partizipation an der repräsentativen Demokratie wie Wahlen, Parteimitgliedschaft oder Interessenvertretung als überaus aktive Formen, sich einzubringen. Diese werden klar unterschieden von passiveren Formen der politische Teilhabe, zum Beispiel von der reinen Informiertheit über und Diskussion von politischen Themen, dem Pflegen einer eigenen Meinung sowie der kritische Auseinandersetzung.

Den YFU-lern zufolge setzen sowohl aktive als auch passive Formen der Partizipation einen gewissen Aufwand und Willen zur Beteiligung des Einzelnen voraus. Der Austausch über Politik mit anderen und die Artikulation einer eigenen Meinung werden auch schon als Beteiligung, wenn auch als passiv, empfunden. Sich informieren, eine eigene Meinung bilden, mit anderen über Politik zu reden, sich auszutauschen gehören zu politischer Partizipation dazu. Ohne diese passiven Formen wäre eine aktive Teilhabe nicht möglich.

„Ich finde schon, dass ich schon sehr engagiert bin und mich viel beteilige, zumindest im Kopf.“

„Diskutieren über Politik ist ein großer Teil von Partizipation für mich.“

Aktives Engagement geht den jungen YFU-Ehrenamtlichen zufolge aber weit über dieses Informieren und Diskutieren hinaus: Passive Formen der Partizipation sind wichtig, aber um gesellschaftliche Veränderung herbeiführen zu können, muss man sich aktiv stark machen. Dafür müssen andere, aktive Formen der Beteiligung her.

„Aktive Partizipation aber heißt für mich eher: Ich informiere mich UND ich möchte mich einbringen.“

2. Motivationen junger Leute für die Beteiligung an Politik

Für sowohl passives, vor allem aber für aktives politisches Engagement bedarf es Motivation. Diese besteht bei den jungen Ehrenamtlichen vorrangig aus dem Gefühl der Verantwortlichkeit: Demokratie funktioniert nur dann, wenn sich Bürger am politischen Prozess beteiligen. Politische Beteiligung entsteht unter dem Vorwand der gesellschaftlichen und eigenen Erwartungen, ein engagierter Bürger zu sein. Damit rangiert politische Partizipation im Bereich der Bürgerpflichten und wird schnell als Bürde wahrgenommen.

„Ich bin so erzogen worden, erwarte das von mir, dass ich mich einbringe.“

„Ich bin davon überzeugt, das was andere betrifft, auch mich betrifft!“

Positive Motivationen stehen im Gegensatz zur Bürgerpflicht eher an untergeordneter Stelle. Heraus sticht hierder innere Gestaltungswille junger Menschen und die Beteiligung aus persönlicher Überzeugung als intrinsische Motivation: Einige junge Leute wollen aktiv Überzeugungen und Werte vertreten, die ihnen wichtig sind. Sie äußern auch das Bedürfnis, durch das Vertreten eigener Überzeugungen, Geltung zu erlangen und einen Unterschied für die Gesellschaft auszumachen. Hierfür ist allerdings ein bereits gefestigtes Werteverständnis notwendig, welches junge Menschen im Gegensatz zu Erwachsenen häufig erst entwickeln müssen.

„Ich sehe großen Handlungsbedarf, um die Welt dahin zu bringen, wie ich sie mir wünsche.“

„Es ist unglaublich motivierend, wenn man wirklich etwas beeinflussen kann.“

Als weitere Motivationen fungieren der Austausch und das Erreichen gemeinsam mit anderen, das aktiv Werden in der Gemeinschaft sowie die Erweiterung des eigenen Horizonts. Durch die Zusammenarbeit mit anderen erwarten junge Leute, positive Rückmeldung und Bestätigung zu empfangen. Der Austausch mit anderen Menschen als Teil politischer Beteiligung kann diese Funktion leisten. Auch die eigene Weiterentwicklung kann als Motivation fungieren.

„Konkret motivieren mich die Begegnungen mit Menschen.“

„Das ist ja auch nicht ganz uneigennützig: Man kann sich sehr weiterentwickeln [durch politische Beteiligung], viele neue Dinge für sich selbst mitnehmen. Die eigene Entwicklung ist da durchaus eine nicht zu unterschätzende Motivation.“

3. Komplexität und die Angst vor Uninformiertheit als strukturelle Barriere für politische Partizipation

Politisch-gesellschaftliche Zusammenhänge werden als komplex beschrieben. Die jungen Ehrenamtlichen von YFU finden, dass man angemessen informiert sein muss, um eine fundierte Meinung entwickeln zu können. Angemessen informiert sein heißt dabei, Pro und Contra der beteiligten Akteure zu kennen sowie zu wissen, was die Entscheidungsgrundlage zu einem Thema ist. Diese Informationen sind für die jungen Leute notwendig, um festzulegen, was einem selbst in einer Entscheidungssituation wichtig wäre und wofür man sich einsetzen machen will.

„Man kann nicht immer nur gegen alles sein, man muss auch wissen, wofür man stattdessen eintreten will und dafür braucht man angemessene Informationen.“

„Ich sehe das als Grundzug, das Informiert bleiben und Informiert sein. Es gibt nichts Schlimmeres als diese unreflektierten Meinungen (...), so Stammtischmeinungen, die hören sich toll an, aber nur wenn man keine Ahnung hat. Sobald man sich ein bisschen informiert, weiß man, dass das eigentlich völliger Quatsch ist.“

Als Teil eines selbstbestimmten Lebens stellen die jungen Ehrenamtlichen gleichzeitig hohe Ansprüche an sich selbst, angemessen informierte Entscheidungen zu treffen. Einhergehend mit den eigenen Erwartungen äußern die YFU-ler Ängste vor der Uninformiertheit. Stammtischmeinungen und unreflektiertes Hinterherlaufen hinter Meinungsmachern sind ihnen ein Graus, da dieses Verhalten die eigene Urteilsfähigkeit in Frage stelle.

Diese hohen Erwartungen der kritischen Auseinandersetzung zu erfüllen und die entsprechenden Informationen einzuholen, kostet jedoch Zeit und Energie. Diese ist für die Teilnehmer im Interessenskonflikt von Beruf, Familie und Freizeit schwer aufzubringen. Somit ist der Faktor Zeit die am häufigsten genannte Barriere für politische Beteiligung. Die Fülle an Informationsquellen führt zusätzlich dazu, dass sich schnell ein Gefühl der Überforderung und Misstrauen gegenüber Information einstellt.

„Komplexität heißt, dass die Dinge einfach schwer zu verstehen sind und man braucht einfach sauviel Zeit, um sich wirklich angemessen damit auseinanderzusetzen.“

„Das fühlt sich an wie als Kind im Süßigkeitenladen: Man ist völlig überfordert.“

So werden die eigenen Ansprüche an Selbstbestimmtheit und die Angst vor der Uninformiertheit für die jungen Ehrenamtlichen ungewollt zu einer strukturellen Barriere für politische Partizipation. Sie hegen Zweifel daran, ob sie ausreichend informiert sind, um sich politisch beteiligen zu können, und haben Angst davor, falsch informiert zu sein und sich für die falschen Ziele einzusetzen. Die Politik wiederum gewährt wenig direkte Bestätigung in diesem schwierigen Prozess der Meinungsfindung.

„Meine Angst ist immer: Wie schaffe ich es denn, mich nicht für das Falsche zu engagieren?“

„Ich habe Sorge, dass ich zum Hinterherläufer werde, ohne dass ich mich kritisch genug mit einem Thema auseinandergesetzt habe. Das will ich auf jeden Fall vermeiden.“

„Ich habe keine Angst davor, mich zu engagieren, aber ich habe Angst vor der Entscheidung, wofür ich mich engagieren will.“

4. Das Frustrationspotenzial der Politik als aktuelle Barriere für politische Partizipation

Die jungen Ehrenamtlichen wollen also auch in der politischen Meinungsbildung ihre eigene Urteilsfähigkeit erfahren und nutzen. Anstatt zu Beteiligung anzuregen, empfinden sie das aktuelle politische Machtgefüge aber als frustrierend, da es ihnen genau diese eingeforderte Urteilsfähigkeit abspricht.

Zum einen empfinden sie eine von Personen statt von Inhalten getragene Politik als abschreckend. Das ‚Personenkarussell‘ in der Politik bringe Menschen hervor, die sich zu profilieren versuchten, statt authentisch eine Meinung zu vertreten. Die wahrgenommene Abwendung von Inhalten in der Politik regt nicht zur kritischen Auseinandersetzung mit Themen an, sondern wird - im Gegenteil - als Misstrauen gegenüber der Urteilsfähigkeit der Bürger verstanden.

„Dass immer viel geredet wird und das Personenkarussell gedreht wird, schreckt mich total ab, weil ich das echt ätzend finde.“

„Ich habe das Gefühl, dass es auf den Verteilungsebenen nur noch auf Köpfe ankommt, dass nicht die Ideen durchgesetzt werden, die Menschen vielleicht begeistern können, entscheiden, wer letztendlich an die Macht kommt, sondern einfach, wer sich am besten darstellen kann. Da ist für mich hohes Frustrationspotenzial in Sachen repräsentative Demokratie.“

Zudem fällt den YFU-lern die Einordnung in die Strukturen des repräsentativen Systems, zum Beispiel in das gegenwärtige Parteiensystem, schwer. Die Teilnehmer finden sich in keiner der von den Parteien artikulierten Grundhaltungen wieder und möchten sich auch nicht auf eine Meinung festlegen, die andere gefestigt haben. Zum selbstbestimmten Leben passt kein Hineinbiegen in bereits vorformulierte Pauschalmeinungen einer Partei.

*„Es gab bisher noch keine Partei, von der ich sagen konnte:
Da passe ich rein ohne mich völlig verbiegen zu müssen.“*

„Ich kann mich echt keiner Partei anschließen im Moment, die Einordnung ins Grundsatzprogramm fällt mir bei allen Parteien schwer.“

„Das [Parteiensystem] schreckt mich echt ab, weil ich meine eigene Meinung immer neu bilden können will und nicht mit anderen Menschen einverstanden sein muss.“

Einige ziehen das Engagement für bestimmte Einzelthemen in NGOs der Parteiarbeit vor. Andere wollen lieber eigene Wege entwickeln, ihre Ideale und Werte außerhalb des repräsentativen Systems an andere weiterzugeben, zum Beispiel durch Bildung oder Kinder- und Jugendarbeit.

„Ich bin in keiner politischen Partei, sondern greife mir lieber einzelne Themen raus, zu denen ich was machen will, oder lieber in einer politisch tätigen NGO, weil ich vieles davon, was in politischen Parteien passiert, nicht überzeugend finde.“

5. Weitere Barrieren für politische Beteiligung

Über die Komplexität, Angst vor der Uninformiertheit und den Frust mit dem aktuellen politischen System hinaus, nennen die jungen Ehrenamtlichen weitere mögliche Barrieren für politische Beteiligung.

Bei einigen der Teilnehmer herrscht Unsicherheit darüber, was andere denken, wenn man sich als junger Mensch politisch beteiligt. Wenn sich keiner im Freundeskreis beteiligt, wird befürchtet, dass es komisch scheint, politische Reden zu halten und dass das nicht gut ankommt bei den Freunden. Außerdem gibt es auch wenig Überschneidungen und Möglichkeiten über Politik zu reden, wenn sich der Freundeskreis nicht für Politik interessiert:

„Auch wenn man sich das vielleicht nicht so eingestehen will, ist das schon eine Barriere, was andere denken: Meine Freunde sind eher politikverdrossen, wollen davon nicht wirklich viel wissen. Das ist schon irgendwie komisch, wenn ich mich da jetzt plötzlich engagie-

re. Das distanziert mich von ihnen und hat schon einen Einfluss darauf, ob und wie ich mich einbringe.“

Ebenso fühlen sich einige der jungen Ehrenamtlich durch ein Ohnmachtsgefühl gegenüber den großen sozialen und politischen Fragen gehemmt. Durch Zweifel an der eigenen Selbstwirksamkeit und das Gefühl, sowieso keinen wirklichen Einfluss auf Politikerentscheidungen zu haben, kommt politische Beteiligung als Möglichkeit, eigene Interessen zu verwirklichen, von vornherein nicht in Frage:

„Ich sehe so unfassbar viele Dinge, wo man was tun muss. Gleichzeitig sehe ich, dass meine eigenen Ressourcen beschränkt sind. Ich frage mich dann, was es wirklich bringt, wenn ich jetzt auf die Straße gehe oder nur noch eine bestimmte Partei wähle.“

6. Die Meinung junger Leute zu aktuellen alternativen Formen der politischen Partizipation

Die jungen Engagierten trennen die neu aufkommende Protestkultur deutlich von der Beteiligung innerhalb bestehender Institutionen des repräsentativen Systems. Als Alternative zur klassischen Volksvertretung wird sie von einigen begrüßt, von anderen hingegen sehr kritisch betrachtet.

Befürworter unter den jungen Engagierten sehen in dem neuerlich florierenden Protestverhalten einen überzeugenden und konsequenten Schritt der Bürgerschaft, mehr Beteiligung einzufordern. Für sie zeigen die Teilerfolge von Initiativen wie Stuttgart 21 oder der Transparenzgesetzinitiative, wie viel Einfluss Bürger in Wirklichkeit nehmen können, wenn sie sich Gehör zu verschaffen wissen. Die Medienwirksamkeit dieser Initiativen erleben die Befürworter als Ansporn dafür, aktiv auf die Suche nach Alternativen zum heutigen Verständnis von Bürgerbeteiligung innerhalb des repräsentativen Systems zu gehen.

„Wie viel an Aktivität da entstehen kann unter Bürgern! Da geht noch viel, viel mehr und da muss auch mehr gehen. Wählen alleine ist auch nicht immer so richtig verantwortungsvoll.“

„Ich finde es eigentlich gerade toll, wenn Menschen ein eigenes Thema finden, wenn sie sagen: „Das interessiert mich und das ist mir wichtig.“ und damit andere Menschen begeistern und überzeugen können.“

Im Gegensatz zu den Befürwortern stehen andere junge Engagierte dem neuen Begriff des „Wutbürgertums“ kritisch gegenüber. Für sie existiert ein Unterschied zwischen dauerhafter, konstruktiver Teilhabe und themenbezogenem Protest. Kritisiert wird vor allem die mangelnde Bereitschaft, sich frühzeitig und langfristig mit Themen des Gemeinwesens auseinanderzusetzen – wohlgermerkt aber ohne zu hinterfragen, inwiefern sich Protestler im Vorfeld tatsächlich versucht haben, einzubringen.

„Protestverhalten ist durchaus legitim und wichtig, aber da fehlt mir das vorher Informieren das vorher sich Einbringen.“

„Ich habe immer den Eindruck, diese Bewegungen, das sind keine vollen Partizipationen. Das ist einfach, ein konkretes Thema, wo ich hingehen kann und sagen kann, das passt mir nicht, ich kann einen Tag auf eine Demo gehen, aber das heißt nicht, dass ich mich dauerhaft einbringen muss.“

„Ich find's schade, dass das nur auf dieser Ebene bleibt, vor allem wenn es um ganze Entscheidungsprozesse geht. Da gibt es zehntausende von Möglichkeiten, dort auch Einfluss zu nehmen, aber erst wenn alles schon in trockenen Tüchern ist, wenn die Fristen alle schon abgelaufen sind, dann kommt Protest auf.“

Für die Kritiker unter den jungen Engagierten kommt ein eigenes politisches Wirken durch Protest nicht in Frage, da es für sie im Gegensatz zum Wirken eines informierten und engagierten Bürgers steht. Auch besteht hier ein Zusammenhang mit der Angst vor dem Wiedergeben von Stammtischmeinungen sowie dem Schwarz-Weiß-Verhalten der Meinungsmacher und Medien, welches oft im Zusammenhang mit Protestbewegungen gesehen wird. Dieser Eindruck von Protest vermittelt einigen der jungen Ehrenamtlichen das Gefühl, sich keine eigene, reflektierte Meinung bilden zu können.

„In der Politik gibt es zu viele Leute, die sich nur profilieren wollen, sogar bei so Sachen wie Bürgerplattformen. Ich habe einfach keine Lust, mich da mit Leuten auseinanderzusetzen, die andere Leute stundenlang mit ihrer eigenen Meinung belästigen.“

7. Einstellungen zu gesellschaftlich-sozialem Engagement im Gegensatz zu politischer Beteiligung

Im Vergleich zu politischem Engagement empfinden die bei YFU ehrenamtlich Engagierten ihr gesellschaftlich-soziales Engagement als weniger komplex und sehr bestätigend. Beim direkten Austausch mit Menschen geht es um konkrete Biographien oder Probleme, die individuell gelöst werden können. Hier kommen unmittelbare Ergebnisse zustande, die kein Ohnmachtsgefühl oder Überforderung durch Komplexität aufkommen lassen. Solch sichtbare Ergebnisse, wie zum Beispiel in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, werden als Bestätigung für die eigene Wirkungskraft wahrgenommen, die durch die Komplexität in der Politik nicht erreicht werden kann.

„Da habe ich es mit konkreten Menschen zu tun, da kriege ich direkt etwas zurück!“

Darüber hinaus wird das Arbeiten mit Menschen als weitgehend unpolitisch empfunden. Bei einigen der jungen Erwachsenen ist dies eine bewusste Entscheidung gegen politische Beteiligung. Die Verantwortung, andere mit einer politischen Meinung zu überzeugen zu wollen, will sich keiner der jungen Engagierten aufbürden.

„Ich mache das mit Absicht nicht, da ich nichts von diesem missionarischen Ansatz halte, mich deshalb lieber vom Politischen fernhalte.“

Diskussion und weitere Forschungsagenda

Die Antworten der Teilnehmer in unserer Pilotstudie sind überraschend breit gefächert, obwohl die Teilnehmergruppe sehr homogen war. Die Ehrenamtlichen von YFU sind eine kleine, einheitliche Zielgruppe für dieses Projekt, die allein durch ihr ehrenamtliches Engagement und durch die gemeinsame Erfahrung des Schüleraustauschs vielfach geteilte Einstellungen und Werte haben. Dennoch sind wir überrascht von der Breite der Antworten schon in dieser homogenen Zielgruppe. Das zeigt unter anderem, dass es eine Reihe unterschiedlicher Motivationen und Barrieren für politische Beteiligung unter jungen Leuten gibt, die es sich lohnt, weiter zu erforschen.

Im Vorfeld der Studie haben wir einige der Antworten durchaus erwartet, wie zum Beispiel die fehlenden positiven Anreize von politischer Beteiligung sowie die Unzufriedenheit mit dem aktuellen politischen System. Strukturelle Barrieren wie die Ansprüche der jungen Ehrenamtlichen an die eigene Informiertheit und Urteilsfähigkeit haben wir allerdings im Vorfeld nicht erwartet. Wie wichtig diese in der Entscheidungsfindung für oder gegen politische Beteiligung sind, hat uns überrascht. Dies kann natürlich auf die ehrenamtlich engagierten und vielfach gut ausgebildeten Teilnehmer in der Zielgruppe unserer Pilotstudie zurückzuführen sein. Wir erwarten aufgrund der Deutlichkeit der Antworten aber auch, diese Barriere für politische Partizipation in anderen Zielgruppen wiederzufinden.

Ebenso überrascht haben uns die vielschichtigen Sichtweisen auf die neu aufkommende Protestkultur. Wurde in vorhergegangenen Studien oft gezeigt, dass die Protestbewegungen vielfach von den gut situierten, älteren Mitbürgern initiiert und getragen werden, so finden sich in den Antworten unserer Teilnehmer auch Gründe dafür wieder: Die Kritik am Protest als Form politischer Beteiligung zeigt auf, wie wichtig den jungen Leuten die eigene Mündigkeit und kritische Urteilsfähigkeit ist.

Wie andere junge Menschen verschiedener Alters- und Zielgruppen Politik und politische Partizipation erfahren, müssen Diskussionsgruppen mit weiteren Jugendlichen und jungen Erwachsenen anderer Zielgruppen zeigen. Die Vielseitigkeit der Antworten in dieser Pilotstudie zeigt uns auch, dass die Methode der Gruppendiskussion sich gut für dieses Thema eignet. Die Schwierigkeit der Erarbeitung tieferliegender Beweggründe und Motivationen mit jungen Erwachsenen lässt sich in der freien Diskussion mit anderen gut meistern, da durch den Austausch mit Gleichgesinnten latente, nicht explizit artikulierte Meinungen herausgebildet werden können. Hierfür ist es wichtig, dass den Jugendlichen während des Workshops ausrei-

chend Zeit zum Austausch und zur Diskussion untereinander gewährleistet wird.

Laut Teilnehmerfeedback zu dieser Pilotstudie hat die Debatte in einer Gruppe mit jungen Erwachsenen, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben und Einstellungen teilen, einige Teilnehmer offener und freier über Ängste und Erwartungen sprechen lassen. Spannend und denkbar wäre hierbei aber auch, wie eine Diskussion in einer gemischt zusammengesetzten Gruppe aussehen kann, und ob zum Beispiel im Streitgespräch latente Meinungen erarbeitet werden können. Für die Erforschung extremer Einstellungen unter jungen Erwachsenen, wie zum Beispiel die von Rechts- oder Linksradikalen, eignet sich die hier verwendete Methode jedoch sicher nicht. Diese können im Einzelgespräch besser erarbeitet werden.

Aufgrund der vielversprechenden Ergebnisse wollen wir Gruppendiskussionen dieser Art mit anderen Gruppen junger Erwachsener wiederholen, wie zum Beispiel mit Gruppen der Jugendorganisationen der Parteien oder anderen jungen Engagierten im Bundesfreiwillendienst, Freiwilligen Sozialen oder Ökologischen Jahr, in den Wohlfahrtsverbänden oder Sportvereinen. Auch wichtig wäre eine Diskussion mit Gruppen junger Erwachsener, die explizit nicht politisch oder sozial tätig sind, zum Beispiel im Kontext Schule oder über Ausbildungsverbände. Gerade der Vergleich von Sichtweisen junger Erwachsener unterschiedlichen familiären Hintergrunds, unterschiedlicher finanzieller Stellung oder unterschiedlichen Bildungsstands wäre hierbei wichtig, um ein ganzheitliches Bild von Motivationen und Barrieren für politische Beteiligung erarbeiten zu können. Nur über eine solch breit angelegte Studie können Alternativen für die repräsentative Demokratie entwickelt werden, die die Erwartungen und Sprache junger Leute aufgreifen und verschiedenen Zielgruppen gerecht werden.

Kontakt

Christine Hübner
Koordinatorin des Forschungsschwerpunkts „Individuum“
huebner@politischepartizipation.de

Anne Heyer
Koordinatorin Diskurs
heyer@politischepartizipation.de

Dr. Götz Frommholz
Koordinator Presse & Öffentlichkeitsarbeit
frommholz@politischepartizipation.de

Über d|part

d|part ist ein gemeinnütziger, unabhängiger und überparteilicher Think Tank. Unser Ziel ist die Erforschung und Förderung verschiedener Formen politischer Partizipation. Wir geben Orientierung beim Erfassen und Verstehen von Bürgermeinungen und helfen, die Wünsche und Anforderungen der Bürger an Formen der politischen Partizipation umzusetzen.

